

Antrag 61/II/2021**FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Für eine konsequente sozialdemokratische Russlandpolitik!**

1 Der Umgang mit Moskau auf der internationalen Bühne
2 ist in letzter Zeit immer schwieriger geworden. Europas
3 Beziehungen zu Russland sind immer wieder Rückschlä-
4 gen ausgesetzt. Innenpolitisch hat Moskau nicht erst mit
5 der Vergiftung des Oppositionellen Alexej Nawalny seine
6 brutale Seite gezeigt. Das wurde auch durch die zahlrei-
7 chen Inhaftierungen und die massive und repressive Po-
8 lizeigewalt als Reaktion auf regierungskritische Proteste
9 nach der Verurteilung Nawalnys sichtbar. Dies reiht sich
10 ein in eine mittlerweile lange Liste der vergifteten, getote-
11 ten, bedrohten, verhafteten oder ins Exil getriebenen Kri-
12 tiker*innen.

13
14 Gleichzeitig sind bei den politischen Machthabern in Russ-
15 land Korruption und Kleptokratie an der Tagesordnung,
16 wie zuletzt auch durch die Enthüllungen der "Pandora-
17 Papiere" belegt. Wirtschaft und Gesellschaft werden für
18 die Eigeninteressen einer kleinen Elite instrumentalisiert.
19 Dies führt insbesondere bei Teilen der jüngeren Genera-
20 tion zu Empörung. Die Parlamentswahlen im September
21 2021, die als die unfairsten und unfreisten Wahlen seit
22 dem Ende der Sowjetunion bezeichnet werden können,[1]¹
23 haben gezeigt, dass politische Mitbestimmung eine Illu-
24 sion ist und nicht-systemtreue Kandidat*innen systema-
25 tisch unter Druck gesetzt und ausgeschlossen werden. Ei-
26 ne neue Repressionswelle, bei der Proteste verboten und
27 Teilnahme hoch bestraft wird, zeigt, dass die autokrati-
28 sche Entwicklung Russlands eine neue Qualitätsstufe er-
29 reicht hat. Dabei geraten auch zunehmend deutsche Or-
30 ganisationen und Medien sowie ihre Kooperationspart-
31 ner, wie zum Beispiel Memorial und die Deutsche Welle,
32 unter Druck.

33
34 Auch international befinden sich Russland und die EU so-
35 wie ihre Partner und Verbündeten im geopolitischen Kon-
36 flikt. In Afrika, Osteuropa und im Nahen Osten verfolgt
37 Russland politische und militärische Interessen, die die
38 regelbasierte Ordnung unterminieren, und versucht eine
39 Einflusszone sowie Machtinstrumente gegen die EU und
40 NATO aufzubauen. Dabei werden - wie in der russischen
41 Verteidigungsdoktrin dargelegt - nicht nur militärische,
42 sondern auch politische und wirtschaftliche Instrumente
43 wie zum Beispiel Desinformation eingesetzt, um Konflikte
44 zu gewinnen.

45
46 Mit Blick auf die neusten Entwicklungen ist zu erwarten,
47 dass die Repressionen noch zunehmen werden, je mehr

**Empfehlung der Antragskommission
zurückgestellt**

48 gesellschaftliche Unzufriedenheit sich ruht. Klar ist: Jeg-
49 liche Stärkung und Legitimation des russischen Macht-
50 systems geht zu Lasten der russischen Bürger*innen, ins-
51 besondere Menschenrechtsverteidiger*innen, Umweltak-
52 tivist*innen und Kämpfer*innen für soziale Gerechtig-
53 keit. Eine sozialdemokratische Russlandpolitik muss pri-
54 mär darauf zielen, die russische Zivilgesellschaft zu stär-
55 ken und sich solidarisch zu zeigen mit den Bürgerinnen
56 und Bürgern statt mit den Machthabern und Eliten.

57

58 Es ist unsere Verantwortung, unabhängige zivilgesell-
59 schaftliche Initiativen zu unterstützen und Kritiker*innen
60 Schutz zu bieten, die im In- und Ausland der Gefahr von
61 Attentaten ausgesetzt sind. Wir unterstützen das Streben
62 nach Demokratie und politischer Beteiligung durch die
63 russische Zivilgesellschaft, unabhängig davon, dass ein-
64 zelne Oppositionspolitiker*innen wie Nawalny auch kri-
65 tisch zu betrachten sind. Nur durch freie, gleiche und de-
66 mokratische Wahlen kann echte Partizipation erreicht und
67 Menschenrechte durchgesetzt werden.

68

69 Die Einbindung der Zivilgesellschaft muss ganz klar
70 im Mittelpunkt einer sozialdemokratischen Russlandpo-
71 litik stehen, die langfristig und strategisch die Zukunft
72 Russlands und der deutsch-russischen und europäisch-
73 russischen Beziehungen im Blick hat. Dabei soll der
74 schwierige Dialog mit russischen Entscheidungsträger*in-
75 nen fortgesetzt werden, insbesondere bei den drängends-
76 ten Herausforderungen von heute, wie dem Klimawandel
77 und der Erreichung globaler Nachhaltigkeitsziele wie der
78 Agenda 2030 der Vereinten Nationen.

79

80 Trotz dieses Bekenntnisses zum Dialog reicht ein Kurs des
81 „Weiter so“ mit Blick auf das neue Level der Autokratisie-
82 rung und Repression, das in den letzten zwei Jahren er-
83 reicht worden ist, sowie der sich ausbreitenden Korrup-
84 tion und Kleptokratie in Russland, nicht aus. Auf Wor-
85 te müssen Taten folgen! Die Bundesregierung und die
86 Regierungskoalition unter Führung der SPD müssen ent-
87 schieden für Menschenrechte einstehen, auch wenn diese
88 möglicherweise Wirtschaftsinteressen gegenüberstehen,
89 und sie gegen staatliche Repression verteidigen. Die per-
90 sonenbezogenen Sanktionen durch die Bundesregierung
91 und weitere Staaten der Europäischen Union sind dafür
92 alleine nicht ausreichend.

93

94 **Deswegen fordern wir:**

- 95 • die SPD-Bundestagsfraktion sowie die Mitglieder
- 96 der Bundesregierung auf, sich klar gegen die Men-
- 97 schenrechtsverletzungen durch die russische Regie-
- 98 rung zu positionieren und weitere entsprechen-
- 99 de Maßnahmen zur Sanktionierung von verant-
- 100 wortlichen Eliten und Machthabern zu ergreifen.

- 101 Diese sollen sich **ausschließlich gegen für Men-**
102 **schensrechtsverletzungen Verantwortliche richten,**
103 **und nicht der Bevölkerung schaden.** Russische Olig-
104 archen sind oft Komplizen der politischen Macht-
105 haber und sollten daher mit einbezogen wer-
106 den. Maßgeblich dafür ist das EU-Menschenrechts-
107 Sanktionsregime auch unter Einsatz der erst vor kur-
108 zem von der EU verabschiedeten neuen **Sanktions-**
109 **instrumente zur individuellen Ahndung von Men-**
110 **schensrechtsverletzungen.**
- 111 • als symbolische Geste der Solidarität mit unseren
112 Nachbarn und zur Stärkung der EU als glaubwürdi-
113 ge Akteurin die **Einbeziehung der EU Battlegroups in**
114 **der NATO Enhanced Forward Presence** in den balti-
115 schen Staaten.
 - 116 • den Kampf gegen Korruption und Geldwäsche zu
117 verstärken. Aus Russland exportiertes schmutziges
118 Geld darf in der EU keinen Platz haben. Das eu-
119 ropäische und deutsche Finanzsystem darf nicht
120 mehr wie aktuell für die russische Geldwäsche miss-
121 braucht werden. **Die EU und alle ihre Mitgliedstaat-**
122 **en müssen entschieden gegen Geldwäsche, organi-**
123 **siertes Verbrechen, Desinformation und Propagan-**
124 **da auf europäischem Boden vorgehen.**
 - 125 • mehr Räume und Förderung für kulturelle, sozia-
126 le und politische Initiativen für russischsprachige
127 Deutsche, die ein **primäres Ziel russischer Desinfor-**
128 **mation** sind.
 - 129 • die Weiterführung des Dialogs über eine allgemeine
130 **Visaliberalisierung**, insbesondere für die Jugend, zur
131 Förderung des gesellschaftlichen Austauschs.
 - 132 • **besseren Schutz russischer Oppositioneller und Re-**
133 **gierungskritiker*innen** in der Bundesrepublik, bei-
134 spielsweise durch ein humanitäres Visaprogramm,
135 damit die russische Diaspora und Geflüchtete in
136 Deutschland und Europa solange wie nötig einen
137 sicheren, vertrauenswürdigen und willkommenen
138 Hafen vorfinden.
 - 139 • „Die Bundesregierung und den Senat von Berlin da-
140 zu auf: eine „Osteuropauniversität in Berlin“ einzu-
141 richten und zu finanzieren, die eine neue Heimstät-
142 te für unabhängige Forschung durch Wissenschaft-
143 ler*innen aus Russland und Belarus außerhalb ihrer
144 Länder ermöglichen wird und dadurch einen Beitrag
145 zur Ausbildung der wissenschaftlichen Elite für die
146 Zeit nach Vladimir Putin beitragen kann
 - 147 • Unterstützung für unabhängige Medienprojekte
148 aus der russischsprachigen Welt vorzusehen, die ge-
149 gen die Propaganda der regierungsnahen und re-
150 gierungseigenen Medien aus Russland wirken. Die-
151 se kann in Form spezieller Fortbildungsprogram-
152 me, Unterstützungsstipendien, Zuschuss- und Dar-
153 lehensprogramme und weitere Instrumente erfol-

154 gen.“

155

156 [1]² <https://www.swp-berlin.org/publikation/ruslands->

157 dumawahl-2021

158

¹#_ftn1